

Kommentare

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **72 (1992)**

Heft 11

PDF erstellt am: **19.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Chancen des Friedens im ehemaligen Jugoslawien

Die Folgen des Krieges in Jugoslawien, der letztes Jahr in Kroatien begann und jetzt in Bosnien und der Herzegowina wütet, waren bisher schrecklich: Zehntausende von Toten, mindestens dreimal so viele Verletzte; Millionen von psychisch Geschädigten; Hunderttausende von Verschleppten, Flüchtlingen, zerstörten Häusern, auseinandergerissenen Familien (von denen eine grosse Anzahl ethnisch gemischt waren), zerstörten Fabrikanlagen und Infrastrukturen usw.

Angesichts dieser Scheusslichkeiten und im Bewusstsein, dass dies noch nicht das Ende der Zerstörung ist, drängt sich einem die Frage auf, ob das Weiterbestehen der Jugoslawischen Föderation diese Katastrophe hätte verhindern können. Die Antwort ist einfach und lautet nein; denn Jugoslawien hatte wenig bis keine Überlebenschancen und war selbst eine der Hauptursachen des Chaos. Eine andere Feststellung drängt sich jedoch leider auch auf: Die meisten ethnischen Führer hatten unter allen denkbaren Möglichkeiten zur Auflösung der Föderation die schlechteste gewählt und haben dadurch einige Generationen der Mitglieder «ihrer Nationen» in die Stagnation, das Elend und die Demütigung gestürzt ...

Die Aussichten auf Frieden und Stabilität

Bei der Beurteilung dieser Entwicklungschancen empfiehlt es sich, folgendes zu berücksichtigen:

Serbischer Nationalismus, Expansivismus und Aggressivität haben das frühere Jugoslawien in das Chaos und in die Zerstörung gestürzt. Die Beseitigung dieser Missstände ist deshalb eine Voraussetzung zur Errichtung von Frieden und Stabilität in dieser Region. Dies wird ihr jedoch noch nicht den Frieden bringen. Sieht man sich die heutige Lage an, könnte man leicht zum Schluss gelangen, dass in den kommenden Jahren die Hauptquelle des Aufruhrs und der Instabilität der Kampf zwischen dem serbischen und dem kroatischen Nationalstaat um die ethnische Grenzziehung der Gebiete des früheren Jugoslawien, besonders von Bosnien und Herzegowina, sowie um die politische Beherrschung in diesem Teil Europas sein wird. Die Durchsetzung dieser Ansprüche hängt von den gegenwärtigen (und zukünftigen) militärischen Aktionen von beiden Seiten und folglich auch von deren Stellvertretern ab.

Serbien hat im kürzlichen Krieg in Kroatien alle seine territorialen Ansprüche (gegenüber den ethnisch durchmischten Gebieten dieses Landes) mit der Befreiung kleiner Territorien in Westslawonien durchgesetzt. Die Serben kämpfen nun für die Aufteilung von Bosnien-Herzegowina mit dem Ziel, später mindestens die Hälfte davon dem serbischen Staat einzuverleiben. Dabei verfolgen sie in diesem Plan die folgenden Sonderziele: die Kontrolle über Ost-Herzegowina entlang dem Ostufer des Flusses Neretva (einschliesslich des Hafens von Ploce), die Kontrolle über Zentralbosnien und insbesondere über

jene Gebiete, die Serbien mit der «*Serbischen Republik Krajina*» in Kroatien «*verbinden*».

Die gleiche Formel verwendend (d. h. Hilfe für die eigene unterdrückte ethnische Gruppe), hat Kroatien in Bosnien-Herzegowina eigene militärische Ziele verfolgt. Die erste Aufgabe bestand dabei in der «*Befreiung der kroatischen ethnischen Territorien*» in West-Herzegowina im Süden und der Bosanska Posavina entlang des Südufers des Flusses Sava im Norden.

Es gibt Beweise dafür, dass die serbischen und kroatischen Vertreter (einschliesslich der beiden nationalen Führer) mehrmals die Trennung von Bosnien und der Herzegowina diskutierten. Grösste Publizität wurde ihrem Treffen anfangs Mai im österreichischen Graz verliehen. Dies geschah einen Monat nach der am 6. April verkündeten Unabhängigkeitserklärung von Bosnien und der Herzegowina und dem darauffolgenden Beginn des Krieges. Dieser Schritt wurde als Reaktion auf das Referendum der muslimischen und kroatischen Bevölkerung unternommen. Die serbische Bevölkerung hatte zuvor bei einem analogen Referendum beschlossen, «*in der Jugoslawischen Föderation zu bleiben*».

Die Mehrheit der Bevölkerung Bosniens und der Herzegowina, die ethnischen Muslime (44 Prozent der Bevölkerung), war sich am Anfang der Gefährlichkeit der oben beschriebenen Politik – Bildung serbischer und kroatischer Nationalstaaten – für die Unversehrtheit des Landes, ja auch für die ethnische und physische Existenz auf diesem Boden nicht bewusst. Zuerst wurde sie im April 1992 unvorbereitet in diesen Krieg mit der serbischen, d. h. jugoslawischen Armee gestossen und später, im Juni (aufgrund eines Telefon-

gesprächs zwischen den beiden Präsidenten) gezwungen, ein «*Konföderationsabkommen*» mit ihren «*natürlichen Alliierten*», den Kroaten, zu schliessen, das bezwecken sollte, die kroatische Militärintervention in Bosnien und der Herzegowina zu «*legalisieren*», was in der internationalen Politik und beim Generalsekretär der Vereinten Nationen, *Butros Ghali*, auf Kritik stiess.

Keine Lösung des Flüchtlingsproblems ohne territoriale Integrität

Hunderttausende von Flüchtlingen und Verschleppten sind für ganz Europa zu einem delikaten Problem geworden. Das erste «Ziel» der Streitkräfte in diesem schmutzigen Krieg auf dem Balkan war die «ethnische Säuberung» der besetzten Gebiete, um diese später auf der Grundlage der Selbstbestimmung in die «Mutter Nation» aufzunehmen. Die Rückkehr der Vertriebenen und Flüchtlinge in ihre Heimat hängt vom guten Willen derjenigen ab, welche diese Gebiete tatsächlich kontrollieren, aber auch von den Abkommen über die Aufteilung der Territorien und dem anschliessenden «Austausch» der Bevölkerung.

Ferner wird auch der Wiederaufbau der zerstörten Siedlungen, Kulturgüter und Industrieanlagen während Jahrzehnten eine Belastung bleiben, welche die betroffenen Länder (Kroatien und Bosnien-Herzegowina) nicht zu bewältigen vermögen. Die Gewährleistung der territorialen Integrität Bosniens und der Herzegowina sowie auch die Respektierung von deren Grenzen wäre meines Erachtens der wirksamste Weg zur stufenweise zur erfolgenden politischen Stabilisierung dieses europäischen Gebietes, zur Erzielung poli-

tischer Lösungen in den besetzten Gebieten Kroatiens und zur Vermeidung weitere Zerwürfnisse und Kriege zwischen Serbien und Kroatien.

Die Lage wird für den Frieden und die Sicherheit in ganz Europa immer gefährlicher. *Erstens* ist in Anbetracht der ethnischen Zusammensetzung der Bevölkerung die Spaltung von Bosnien-Herzegowina selbst theoretisch unmöglich, ausser man greift zu den grausamsten Methoden der «*ethnischen Säuberung*» der betroffenen Gebiete¹. *Zweitens* wird eine schliessliche Trennung dieses unabhängigen Staates – eines UNO-Mitgliedes – durch militärische Intervention durch deren Nachbarn die Aufhebung von Grundsätzen sowohl der UNO-Charta als auch der Unverletzlichkeit der europäischen Grenzen zur Folge haben, auf denen das gegenwärtige System der Stabilität und des Friedens in Europa beruht.

Zudem würde eine Teilung dieses Landes den Weg ebnen zu derartigen «Lösungsversuchen» bei anderen «territorialen Streitigkeiten», welche in und um diesen geographischen Raum herum bestehen (beispielsweise das Problem der «Selbstbestimmung» der Ungarn im Zusammenhang mit der Trennung der Slowakei; Vereinigung von Albanern; griechisch-türkische Animositäten; das mazedonische Syndrom; ethnische Dispute in Transsylvanien und im transkarpathischen Becken; der Moldawien-Krieg im Lichte beginnender russischer «Bemühungen» um 20 Millionen und mehr Landsleute, die in «Nachbarländern» wohnen und vieles mehr). Europa ist somit einer der grössten Gefahren seit dem Zweiten Weltkrieg ausgesetzt. Man kann nur hoffen, dass Sarajewo nicht in die Geschichte eingeht als Stadt, in der zwei Menschheitskatastrophen ihren Anfang nahmen.

Politische und militärische Interventionen

Dies ist der Hauptgrund, weshalb die Teilung von Bosnien und der Herzegowina mit Rücksicht auf den Frieden und die Stabilität in Europa vermieden werden muss. Dieses gemeinsame Ziel könnte unseres Erachtens nur durch politische und militärische Interventionen der EG und der UNO (UNPROFOR, NATO, WEU oder eine kombinierte Aktion) in Bosnien und der Herzegowina erzielt werden. Die Ziele dieser Aktion und der darauffolgenden kombinierten Politik der UNO und der EG sollten folgende Punkte umfassen:

Erstens: Die Bildung einer kompetenten politischen UNO- und EG-Vermittlungsgruppe, die durch Experten unterstützt werden sollte, welche die lokalen politischen, ethnischen und anderen Gegebenheiten kennen.

Zweitens: Erfolgreiche Verhandlungen zur Erreichung einer Einstellung der Kämpfe in jenen Gebieten, in denen die Verteilung humanitärer Hilfe an die Bevölkerung ohne ethnische und religiöse Diskriminierung am meisten benötigt wird (Städte wie Sarajewo, Gorazde und andere).

Drittens: Die Errichtung einer provisorischen internationalen UNO- oder EG-Treuhandverwaltung in diesem Land (deren Details noch auszuarbeiten wären).

Viertens: Die Gewährleistung des Friedens im ganzen Land mittels Rückzugs der Militäreinheiten der Nachbarstaaten und Entwaffnung der paramilitärischen Einheiten (oder indem letztere unter das Kommando der territorialen Verteidigung der Republik Bosnien-Herzegowina gestellt werden).

Fünftens: Die Organisation lokaler Verwaltung ohne Diskriminierung der

ethnischen oder religiösen Basis; Verhinderung von Racheakten; Vorbereitung von Programmen für den Wiederaufbau und die wirtschaftliche Entwicklung des Landes und,

Sechstens: Die Organisation und Überwachung freier Wahlen, um die Voraussetzungen zu schaffen zur Beendigung der internationalen Treuhandverwaltung, sobald die neugewählten Behörden ihr Amt übernommen haben.

Die Autonomie von Bosnien-Herzegowina hat tiefe historische Wurzeln. Im Mittelalter war es ein selbständiger Staat. Unter der Herrschaft der Türken konnte es sich die Autonomie durch Sonderrechte erhalten. Innerhalb des österreichisch-ungarischen Reiches war es *Corpus separatum* mit international anerkannten Grenzen (gemäss Friedensvertrag von Sremski Karlovci von 1699). Der antifaschistische Rat für die Nationale Befreiung (ZAVNO BiH) war während des Zweiten Weltkrieges das Symbol der Souveränität der Republik. Ihre Autonomie wurde durch den AVNOJ, die Verfassung des (zweiten) Jugoslawien im Jahre 1943 und nach dem Krieg von allen föderalen und republikanischen Verfassungen, einschliesslich der letzten von 1974, bestätigt. Höchstwahrscheinlich werden einzelne europäische Staaten immer stärker in Konfrontationen zwischen den Nachfolgestaaten Jugoslawiens hineingezogen, vermutlich indem sie ihren verbündeten und damit abhängigen Staaten politische, wirtschaftliche und militärische Unterstützung gewähren.

Die Respektierung der Unantastbarkeit der «äusseren» Grenzen der Nachfolgestaaten auf dem Boden des früheren Jugoslawiens, insbesondere durch ihre Nachbarn, wäre deshalb eine grosse Herausforderung für die europäische und die Weltpolitik. Die Zerstörung des

ersten Jugoslawien zu Beginn des Zweiten Weltkrieges und die Aufteilung seines Territoriums zwischen Deutschland (mit dem angeschlossenen Österreich), Italien, Ungarn, Bulgarien und «Grossalbanien» ist im historischen Gedächtnis des Volkes immer noch präsent.

Voraussetzungen für einen Fortschritt

Unabdingbar ist eine echte Demokratisierung der entstehenden Gesellschaften, die mit ernsthaften Mängeln konfrontiert sind (diktatorisches Verhalten der Führer, Kontrolle der Massenmedien, «ideologische Säuberung» der Literatur, Verfolgung von Journalisten usw.). Es muss daran erinnert werden, dass in den meisten Fällen die Demokratie missbraucht wurde für die Ausbreitung eines ethnischen Nationalismus und Rassismus, von Hass und Zerstörung all dessen, was anders ist als «*wir*». Dabei waren die Massenmedien das wirksamste Instrument zur Erreichung dieses Ziels.

Die neuesten Ereignisse in Belgrad zeigen die Möglichkeit, dass die gegenwärtige Führung des Landes durch andere, demokratischere politische Gruppen ersetzt werden könnte. Wahlen können infolge der vorliegenden Gegebenheiten stets nur die gegenwärtige politische Struktur «bestätigen». Deshalb sind wir der Ansicht, dass ohne die Unterstützung geeigneter internationaler Aktionen kein friedensbildender Prozess ausgelöst werden kann. Die neuen Nationalstaaten sind eine Nachbildung der alten Staaten. Ihre gemeinsamen Charakteristiken sind so die Stärkung und das Anwachsen verschiedener Arten von Behörden, des staatlichen Unterdrückungsapparates (natio-

nale Armee, verschiedene Zweige der regulären und geheimen zivilen und militärischen Polizeikräfte usw.).

Angesichts dieser Entwicklung könnte man zum Schluss kommen, dass das Hauptziel der «neuen ethnischen Eliten» die Ersetzung der alten, an der Macht stehenden «nicht-ethnischen Eliten» war und nicht die Reform der neuen Gesellschaften und Staaten, wie dies den demokratischen Anliegen entsprochen hätte, mit welchen man die Massen gegen die alten Regimes in Bewegung gesetzt hatte.

Die Schaffung neuer Staatsgrenzen zwischen den früheren Republiken Jugoslawiens mit strenger Grenz- und (separaten) Zollkontrollen, und die Einsetzung vieler anderer Kontrollmassnahmen der neuen Nationalstaaten über deren Territorien, Bürger und den Austausch von Gütern (und Gedanken) trugen zusätzlich zur wirtschaftlichen Flaute, zum Niedergang, wenn nicht zur Abschaffung jeglicher Zusammenarbeit zwischen den neuen Staaten bei sowie zur Unterbrechung des europäischen Kommunikationsflusses durch dieses Territorium.

Das Wiederaufleben darniederliegender Ökonomien hängt auch von der politischen Stabilität der Region als Ganzes ab. Die Aussichten zur Erreichung stabiler politischer Lösungen geben keinen Anlass zu Optimismus. Die EG-Konferenzen über Jugoslawien zum Beispiel haben bisher kein einziges der wichtigen behandelten Probleme gelöst. Wenn sich die Dinge nicht zum Besseren wenden, gibt es in dieser Region in naher Zukunft wenige Chancen für ein grösseres ausländisches, wirtschaftliches und finanzielles Engagement, insbesondere für Investitionen, und die Chancen für die Erneuerung der traditionellen europäischen Kommuni-

kation und des Tourismus sind ebenfalls sehr gering.

Das Problem der völkerrechtlichen Nachfolge ist eine weitere *Büchse der Pandora* in der jugoslawischen Krise. Die Regelung dieser Angelegenheit würde die endgültige Auflösung Jugoslawiens bedeuten und würde die internationale Anerkennung der Nachfolgestaaten (Mitgliedschaft in UNO-Sonderorganisationen, Abschluss internationaler Abkommen usw.) bedeuten. Die Hauptherausforderung für all die neuen Regierungen wäre in Zukunft auch die Verbesserung und Umgestaltung der Wirtschaft (wobei die Privatisierung eine der Methoden wäre), die Reorganisation des Bankensystems, die Schaffung neuer Entwicklungskonzepte und -programme (auf den Initiativen der Bürger aufbauend) und die sofortige Lösung jener sozialen Probleme, die so gefährlich sind, dass sie einige der neuen Länder ins Chaos stürzen könnten.

Neueste Entwicklungen zeigten, dass ethnischer Nationalismus und die entsprechende Ideologie sowie die Insignien der Eigenstaatlichkeit – um nur einige der politischen Instrumente der neuen Elite zu erwähnen – keinesfalls eine genügende Basis zur Erreichung wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts der sich neu formierenden Gesellschaften sind.

Sonderfall Slowenien

Unserer Ansicht nach hat die Republik Slowenien aufgrund ihrer Entwicklung, ihrer Arbeitsstruktur und der Nähe westlicher Märkte die besten Chancen zu einer wirtschaftlichen Genesung und zur Erreichung eines verhältnismässig gesunden Fortschritts in der nahen Zukunft. (Dies könnte ein-

treffen, wenn nach den nächsten Wahlen eine kluge politische Struktur und die nötigen politischen, wirtschaftlichen und anderen Voraussetzungen für die dauerhafte Entwicklung des Landes geschaffen würden.)

Slowenien kann in Zukunft bei der politischen Stabilisierung des Gebietes des früheren Jugoslawien als Ganzes und der Integration in die europäischen Wirtschaftsprozesse eine sehr wichtige Rolle spielen. Zudem könnte Slowenien sehr bald eine bedeutende europäische «Durchgangsstrasse» werden, welche die Infrastruktur und den wirtschaftlichen, kommerziellen und finanziellen Verkehr zwischen Mitteleuropa und dem Balkan sowie zwischen Südfrankreich und Norditalien, Ungarn und auch der Ukraine untereinander verbinden könnte. Unter diesem Aspekt läge es im allgemeinen europäischen Interesse, die Anstrengungen Sloweniens bei der Verwirklichung dieser Chance zu unterstützen.

Schlussfolgerungen

Die Zusammenarbeit unter den neuen Staaten ist unseres Erachtens eine *conditio sine qua non* für die Errichtung jedwelchen Sicherheitssystems in dieser geographischen Region, für die Heilung der schrecklichen Folgen des Krieges, für die umfassende Entwicklung dieses Raumes und schliesslich für seine Integration in die künftigen europäischen Strukturen.

Angeichts der Greuelthaten, welche die betroffenen Völker aneinander geschehen liessen, des Hasses und der Rachsucht, welche ihre Beziehungen überschatteten, werden viele zu Recht finden, dass unter diesen Umständen an eine Zusammenarbeit zwischen den

Nachfolgestaaten Jugoslawiens eine Illusion ist.

Dennoch möchten wir an zwei ermutigende historische Beispiele erinnern. Während des amerikanischen Bürgerkriegs hielt *Abraham Lincoln* eine Rede, in welcher er mit Sympathie von den Rebellen des Südens sprach. Eine ältere Dame – standhafte Unionistin – tadelte ihn dafür, dass er für seine Feinde freundliche Worte fand, statt sich über deren Vernichtung Gedanken zu machen. Seine Antwort war klassisch: «*Warum, Madame*», antwortete Lincoln, «*vernichte ich meine Feinde nicht, wenn ich aus ihnen meine Freunde mache?*»²

Das andere ermutigende Beispiel ist die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland unmittelbar nach den katastrophalen Feindseligkeiten während des Zweiten Weltkrieges. Die Paten dieses Konzepts, welches die Grundlage der Vereinigung Europas werden sollte, planten es zu einer Zeit, als die deutschen V-1- und V-2-Raketen die sie umgebende Stadt London zerstörten.

Warum könnten solche Gedanken nicht auch eine Herausforderung für die Völker der Nachfolgestaaten Jugoslawiens sein? Warum sollten sie nicht versuchen, ihre Feinde zu «vernichten» – wie dies Abraham Lincoln vor langer Zeit tat –, indem sie in problemlösenden Verhandlungen zu Partnern werden und indem sie Mittel und Wege zu gemeinsamem Fortschritt suchen?

Silvo Devetak

Deutsche Übersetzung eines in englischer Sprache vor dem Direktorium der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung in London gehaltenen Vortrags.

¹Die ethnische Zusammensetzung von Bosnien und der Herzegowina war gemäss

der Volkszählung von 1981 die folgende: Muslime 43,7 Prozent, Serben 31,3 Prozent und Kroaten 17,3 Prozent. Das von den drei ethnischen Führern am 18. März 1992 unter der Schutzherrschaft der EG ausgearbeitete Abkommen über die künftige verfassungsmässige Regelung von Bosnien und der Herzegowina sieht vor, dass 52 Gemeinden unter muslimischer, 37 unter serbischer und 20 unter kroatischer Lokalregierung stehen würden. Gemäss dieser ethnischen Aufteilung werden 59 Prozent der Kroaten, 50 Prozent der Serben und 18 Prozent der Muslime ausserhalb «ihrer» ethnischen Territorien bleiben. Die «ethnischen Territorien» der Muslime und der Serben werden je 44 Prozent der früheren Republik einnehmen, was den

Kroaten nur 12 Prozent des Gebietes des neuen Staates übriglässt. Dieses Abkommen stellt unseres Erachtens die internationale Legalisierung des Bürgerkrieges des Landes dar. Zum besseren Verständnis der mit der demographischen Zusammensetzung dieses Landes bestehenden Probleme konsultiere man auch Zlata Grebo, *Bevölkerung Bosniens und der Herzegowina in den achtziger Jahren*, Survey 11, Sarajewo, Dezember 1986, Seiten 1273–1274, und Dorde Pejanovic, *Bevölkerung von Bosnien und der Herzegowina*, Serbische Akademie der Wissenschaften, Buch 12, Belgrad 1955, Tabelle 2. –² W. Ury, *Getting Past No, Negotiating with Difficult People*, Bantam Books, New York, Toronto, London, Sidney, 1991, S. 146.

Alexandros Kotzias

Erzähler des «griechischen dreissigjährigen Kriegs»

Am 19. September 1992 ist der griechische Schriftsteller, Literaturkritiker und Übersetzer *Alexandros Kotzias* auf der Kykladeninsel Kea infolge eines tragischen Unfalls gestorben. Der 1926 in Athen Geborene war eine hervorragende Gestalt des Geisteslebens seiner Heimat¹. Als Erzähler trat er 1953 mit dem Roman «*Belagerung*» auf. Den Hintergrund dieses Werkes bildet die Spaltung des Griechenvolkes in zwei Lager während des Zweiten Weltkrieges: in Kommunisten und «*Nationaldenkende*». Zwar gehörte Kotzias während der deutschen Okkupation der von den Kommunisten kontrollierten Widerstandsorganisation EAM an. Doch in der «*Belagerung*» ging er zu seinen ehemaligen Gesinnungsgenossen auf Distanz. Während seines ganzen Lebens wurde sein literarisches Schaffen von

den orthodoxen Kommunisten denn auch angegriffen, kritisiert oder, im besten Fall, ignoriert.

Im Gegensatz zu seinem Freund *Rodis Roufos* (1924–1972), der eher ein klug rasonierender Denker als ein begabter Dichter war, vermochte Kotzias den Erlebnissen des Zweiten Weltkrieges literarische Substanz zu verleihen. Das Ringen mit der Sprache und das Streben nach künstlerischer Aussagekraft sind auch in seinen anderen Romanen unverkennbar: «*Eine finstere Angelegenheit*» (1954), «*Luzifer*» (1959), «*Das Attentat*» (1964), «*Der tapfere Telemach*» (1972), «*Amtsanmassung*» (1979). Im Roman «*Imaginäres Abenteuer*», für den er 1986 den I. Literaturpreis des Staates erhielt, nimmt Kotzias die «*erfundene*» Gestalt des Alexandros Kapantais unter seine satirisch-kritische

Lupe. Kapantais ist ein Schriftsteller, dem jedes Mittel recht ist, wenn es darum geht, sich Anerkennung zu verschaffen. Das Wort «erfunden» gehört hier in Anführungsstriche, weil Kotzias' Sarkasmus eigentlich einen nicht unbedeutenden Teil des griechischen «Literaturbetriebs» anvisiert. Insofern stellt das «*imaginäre Abenteuer*» des Autors eine bittere Realität dar.

Kotzias schrieb auch Novellen und Theaterstücke. Als Literaturkritiker arbeitete er mit angesehenen Athener Zeitungen zusammen. Er übersetzte Arthur Koestler und andere ausländische Autoren ins Griechische. Polemiken von linker Seite musste er auf sich nehmen, als er den englisch geschriebenen Bestseller «*Eleni*» (1983) (Originaltitel: «*Eleni, A Savage War, A Mother's Love, a A Son's Revenge: A Personal Story*») des Amerikagriechen Nicholas Gage (Nikos Gatzojannis) ins Griechische übertrug. Der «*Eleni*»-Autor schildert das an eine altgriechische Tragödie erinnernde Schicksal einer Einwohnerin der nordgriechischen Bauerngemeinde Lia während des Bürgerkrieges (1946–1949). Eleni, die Hauptgestalt dieses modernen hellenischen Dramas, war die Mutter Nikos Gatzojannis'. Sie wurde am 28. August 1948 nach einem «*Pro-*

zess» im Stile der «*Volksjustiz*» von den kommunistischen Partisanen erschossen. Ihre «*Schuld*» bestand darin, sich der nach kommunistischer Diktion «*aus Sicherheitsgründen angeordneten Evakuierung*» der Kinder aus den von den Partisanen beherrschten Gebieten widersetzt zu haben. Kotzias gelang eine vorzügliche Übersetzung, die der hellenischen Atmosphäre des Buches gerecht wird.

Kotzias hatte es nicht gerne, wenn man ihn als einen rechtsengagierten Schriftsteller oder als einen Antikommunisten charakterisierte. Er wollte «*bloss Schriftsteller*» sein. Die Spaltung seines Volkes in zwei Lager, die in einem grossen Teil seiner Schöpfung zum Ausdruck kommt, nannte er den «*griechischen dreissigjährigen Krieg*». Diesen «*dreissigjährigen Krieg*» wollte er überwinden, als er zusammen mit linksgerichteten Intellektuellen während der Zeit der Athener Militärdiktatur (1967–1974) den Tyrannen die Stirn bot. Das Werk Kotzias' zeugt an keiner Stelle von Hass gegen die Andersdenkenden. Er bemühte sich stets, «*bloss*» ein Erzähler des «*dreissigjährigen Krieges*» zu sein.

Pavlos Tzermias

¹ Vgl. Pavlos Tzermias, *Die neugriechische Literatur*, Tübingen 1987, S. 207 ff.

Bündner Dorfnamenmoritat

«Die Bewohner des Gauerlandes ziehen ins Flachland in die Stadt und arbeiten in der <Surenthal>. Wenn sie sich dort finden, solidarisieren sie sich untereinander. In Wirklichkeit sind sie aber untereinander völlig verschieden und stammen aus unterschiedlichen Welten. Das

Gauerland wird nämlich von vielen engen Tälern durchzogen, jedes Tal hat einen eigenen Menschenschlag hervorgebracht.¹»

Schweiningen heisst seit 1890 Savognin.

Aus Münster wurde 1943 Müstair, Süs wurde gleichzeitig zu Susch und Neukirch zu Surcuolm. Unisono mit ihnen (re)romanisierten über 40 Bündner Gemeinden sowie weitere knapp 40 Fraktionen ihre zu jenem Zeitpunkt meist deutschsprachigen Ortsbezeichnungen.

In den achtziger Jahren schliesslich gaben sich sieben Oberländer Gemeinden ihre derzeit offiziell gebräuchlichen Gemeindebezeichnungen, zuletzt Vella (vorher: Villa) 1987. Seit vergangenem Jahr erst nennen sich die Kreise Remüs und Obtasna offiziell Ramosch beziehungsweise Surtasna.

In den letzten einhundert Jahren änderte somit in Graubünden rund ein Drittel der gegenwärtig 213 Gemeinden ein oder gar zweimal den offiziellen Namen. Ausserhalb Graubündens gibt es mit Bosco/Gurin in der Schweiz nur noch eine einzige Gemeinde mit offiziell doppelsprachiger Bezeichnung. Der Stadtrat von Biel, eine zweisprachige Stadt par excellence, hat es im vergangenen April dagegen erneut abgelehnt, die Zweisprachigkeit im offiziellen Namen zu verdeutlichen.

Dieser Beitrag beleuchtet nach einem kurzen Seitenblick auf entsprechende Tendenzen im Ausland das Umfeld dieses auffallend verbreiteten Phänomens in Graubünden in diesem Jahrhundert, er liefert den ereignisgeschichtlichen Hintergrund und versucht einige grundsätzliche Thesen zur Kulturgeschichte des einzigen dreisprachigen Kantons der Schweiz. Welche Schlüsse erlaubt dieser signifikante Umstand auf das Mit- und Nebeneinander der Sprachgruppen? Steckt Zufall oder Strategie hinter dem plötzlich grassierenden Hang zu neuen «alten Namen»?

Namensänderungen im europäischen Raum

Die europäische Landkarte unterliegt gegenwärtig einer tiefgreifenden Revision. Vor allem im östlichen Teil unseres Kontinents fokussieren sich dabei Emotionen und Nostalgie oft auf neue «alte Namen», denen meist ein vermächtnisartiger Charakter anhaftet. Signalisiert wird auf diese Weise die offenbar emotional tiefe Bindung zum Früheren, «Wahreren» und die Abkehr, ja der Ekel vor dem eben gerade Vergangenen, das sich doch lange genug als dauerhaft ausgegeben hatte und dem man sich so auf Dauer zu entziehen hofft. Die Auswechslung von zahllosen Orts-, Strassenschildern und anderen Schrifttafeln an öffentlichen Gebäuden steht im östlichen Teil Europas und in den übrigen ehemaligen Sowjetrepubliken derzeit hoch im Kurs. Vielfach kommt ihr nahezu der Stellenwert einer Kulthandlung zu. Der Name als Symbol für ein verändertes Programm. Die Namensänderung steht geradezu als Zeichen eines Neubeginns, eines Anknüpfens an eine von den Machthabern der letzten Jahrzehnte mutwillig entwendete Vergangenheit. Der neue Name soll Gewähr dafür bieten, dass die jüngste Vergangenheit nur Episode in der Geschichte des Volkes war.

Während sich Jugoslawien auflöst und seine Völker in grausamen Bürgerkriegen versinken, beschliesst das montenegrinische Parlament, dass Titograd nach 45 Jahren wieder Podgorica heissen soll. Gleichzeitig gehört das Porträt des Marschalls noch immer zum Inventar unzähliger Amts- und Gaststuben.

Chemnitz will keinen Tag länger Karl-Marx-Stadt heissen.

Leningrad heisst offiziell wieder St. Petersburg, während die sich nur

zögerlich vollziehende Schilderdemonstage dem Besucher auf Schritt und Tritt vorläufig weiterhin den Eindruck vermittelt, in Leningrad zu sein.

Diese beliebig fortsetzbare Auflistung von Namensänderungen sind das Spiegelbild verdeckter und nun aufgebrochener gesellschaftlicher Gräben, Krisen und Ungleichgewichte.

Mit den Namen der ideologischen Ziehväter sollen die endgültig diskreditierten vergangenen Jahrzehnte Realsozialismus ein für allemal aus dem kollektiven und individuellen Gedächtnis getilgt werden. Es soll so nahtlos wie möglich an die «enteignete», jetzt von mancher Seite pauschal und leichtfertig verklärte Vergangenheit angeknüpft werden. Es ist, als würden alte Versprechen endlich eingelöst. Die neuerliche «Stunde null» soll unter einem guten Stern stehen.

Von mehr als nur symbolischer Tragweite und Funktion ist dagegen die zweite, machtpolitische Dimension der Namensänderungen. Von «Oben» verfügte oder verbotene Namensänderungen zementieren die Vorherrschaft und Machtposition der Mehrheitssprache gegenüber den regional verbreiteten Minderheitensprachen. Namentlich in gemischtsprachigen Regionen war und ist die offizielle Beschriftung von Siedlungen und öffentlichen Gebäuden ein bevorzugtes Objekt, um Emotionen zu schüren, politisch zu agitieren und Macht zu demonstrieren. Der Symbolwert der Sprache wird zum Stein des Anstosses. Von staatlichen Stellen verfügte oder untersagte Namensänderungen, offene und versteckte Benachteiligungen bzw. Bevorzugungen einer einzelnen Sprachgruppe in mehrsprachigen Gegenden bergen gesellschaftlichen Konfliktstoff in sich.

Erinnert sei etwa an den gegen die berechtigten, eigentlich sogar staatsvertraglich garantierten sprachpolitischen Forderungen der Slowenen in Kärnten gerichtete «Ortsschildersturm» von 1972.

Bereits internationales Ausmass angenommen hat gegenwärtig die den oberflächlichen Beobachter peripher anmutende Frage nach der Benennung einer unabhängigen Republik «Mazedonien», in deren Namenswahl allein bereits fast alle benachbarten Staaten eine expansionistische Aspiration wittern. Gegen den ihrer Meinung nach territoriale Ansprüche implizierenden Namen «Mazedonien» gingen allein in Saloniki Zehntausende auf die Strasse.

Im rumänischen Parlament löste der für die neue Verfassung vorgesehene, auf die gemischtsprachigen Regionen Siebenbürgens gemünzte Passus über den unter Strafe zu stellenden «sprachlichen Separatismus» heftige Kontroversen aus. Da er bei geringstem Anlass zu einem Instrument gegen Minoritätenrechte und -forderungen hätte missbraucht werden können, ist er schliesslich durch den allgemeineren, gegen eine antiminoritäre Instrumentalisierung wohl dennoch nicht ganz gefeierten Begriff «territorialer Separatismus» ersetzt worden.

Sprachliche Nuancen erhitzen die Gemüter und bieten dennoch keine Gewähr für einen dauerhaft friedlichen Umgang der beteiligten und betroffenen Bevölkerungsgruppen im Alltag.

Quer durch Europa erweist sich die Dorfnamenfrage, hinter der sich gemeinhin die Frage der rechtlichen Stellung der Minderheitensprachen überhaupt verbirgt, regelmässig als Kristallisationspunkt der Missgunst, der Zwiebracht und des Argwohns.

Die Rätoromanen und die deutschsprachige Schweiz

In der Schweiz wird erst zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine Neufassung des bisher lapidar kurzen *Sprachenartikels* für die Bundesverfassung beraten. Für das Verhältnis zwischen den Sprachgruppen war bisher und ist noch die Praxis massgebend. Vor dem geschilderten europäischen Hintergrund nimmt sich der Umgang mit den Ortsnamen im dreisprachigen Graubünden glücklicherweise eindeutig weniger spektakulär und dramatisch aus. Als Minderheit ohne «Mutterland» war das von den Rätoromanen ausgehende Bedrohungspotentials bzw. die Affinität zu angrenzenden Sprachgruppen zu keinem Zeitpunkt auch nur annähernd vergleichbar mit den oben angesprochenen Beispielen. Die Defensivhaltung einer «Sprachinsel» ist vorprogrammiert.

Das Spannungsfeld zwischen Kultur und Sprache, zwischen Tourismus und Geschäft prägt den Alltag in den Tälern Graubündens. Der einzelne befindet sich auf einer permanenten Gratwanderung zwischen Gewissen, Moral und individuellen wie kollektiven Erfolgs- bzw. Schuldgefühlen. Die vielen Teilaspekte, Widersprüche und Einflüsse, die zusammen die Atmosphäre einer Zeit und eines Raumes ausmachen, treten je nach Region, Mensch und Zeitpunkt in unterschiedlichster Intensität, Kombination und Ausprägung auf.

Die Konjunktur der Bündner Gemeindenamenveränderung ist Ausdruck einer kollektiv artikulierten inneren Befindlichkeit in einem je nach Zeitpunkt mehr oder weniger minderheitengünstigen nationalen und internationalen Kontext.

Im Über- und Rückblick lassen sich die schubartig vorgenommenen Na-

mensänderungen in Graubünden als Reflexe auf die drei Phasen erhöhten öffentlichen Echos im Rückzugsgefecht der Rätoromanen im vergangenen Jahrhundert interpretieren. Als die dabei mit Abstand fruchtbarste Zeit erweisen sich in der Retrospektive die Zwischenkriegsjahre bis hin zu dem in unserem Zusammenhang als Zäsur geltenden Jahr 1943. Über achtzig Gemeinden und Fraktionen änderten in jenem Jahr ihre Namen.

In die Zwischenkriegszeit fällt eine beschleunigte nationale Integration vor der Kulisse des Landesstreiks, der weltweiten Wirtschaftskrise, der zunehmenden aussenpolitischen Bedrohung und der Reaktionen auf die damit zusammenhängenden gesellschaftlichen Implikationen. Exemplarisch vermag dieses Bündner Fallbeispiel zu belegen, dass politische Integration entgegen den Zeichen der Zeit nicht notwendigerweise mit kultureller Assimilierung einhergehen muss. Schon allein deswegen ist eine genauere Analyse dieses mindestens im Schweizer Kontext wohl einmaligen Vorgangs angezeigt.

Der Fortschritt, «*dieser dynamische Begriff mit revolutionären Implikationen*»², machte naturgemäss nicht Halt vor den Bündner Tälern. Die Stadt überfiel das Dorf. Migration, Mobilität, Medien, Geldwirtschaft und Tourismus liessen den Antagonismus zwischen Geschäft und Moral sukzessive anwachsen. Die Bedürfnisse und Gewohnheiten der Einheimischen und die Erwartungen und Ansprüche der Zugewanderten oder Gäste divergierten zunehmend. In vielen Lebensdomänen häuften sich Antagonismen. Erfüllung oder Brückierung der Erwartungen, Geschäft oder Moral, Anpassung, vielleicht Indifferenz oder Konfrontation? Diese neue Ambivalenz konnte zur individuellen

Entfremdung führen, zu einem paradoxen Gefühl der Fremdheit daheim. Gegen Schicksalsschläge half kaum mehr der örtliche Schutzpatron, nur noch selten der Nachbar, manchmal der Tierarzt und immer häufiger die sowohl Dorfrahmen als auch Sprachgrenze sprengende anonyme Versicherungsgesellschaft. Dieser Tendenz der individuellen Entfremdung traten in der Zwischenkriegszeit unter anderem Sprach- und Kulturorganisationen mit Gegenstrategien entgegen, unter ihnen die 1919 gegründete «*Lia Rumantscha*» (L.R.)³.

Spätestens seit 1851 waren in Graubünden im allgemeinen die deutschsprachigen Ortsbezeichnungen die offiziell gebräuchlichen. Um die Jahrhundertwende galt das Deutsche in Graubünden implizit sogar als Synonym für Aufgeschlossenheit und Weltoffenheit⁴. Die Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Anerkennung des Rätoromanischen als Nationalsprache enthält den folgenden, diesen Aspekt erklärenden Passus:

«*Die Verdrängung romanischer Ortsnamen durch deutsche oder verdeutschte Bezeichnungen bildete unseres Erachtens weniger die Folge künstlicher oder gar übelgesinnter staatlicher Massnahmen als vielmehr das Ergebnis eines langsamen Prozesses fortschreitender Selbstenteignung in einer Zeit, da die Widerstandskraft des Rätoromanischen vorübergehend zu erlahmen drohte.*»⁵

Markierte die Sprache bis zum Ersten Weltkrieg wohl eher die sozialen Unterschiede, begann sie in der Zwischenkriegszeit zum Zeichen regionaler Verbundenheit und gleichzeitig der Abgrenzung gegen aussen zu werden⁶. Die L. R. entfaltete ein breites Aktionsprogramm zur Spracherhaltung und leistete emsig Aufklärungsarbeit. Seit den

zwanziger Jahren versuchte sie, das Bewusstsein in der Bevölkerung für die aus ihrer Sicht überfälligen Namensänderungen durch Zirkulare und Aufrufe an die Gemeinden zu fördern⁷. In den dreissiger Jahren stellte die L. R. ihr Engagement zusätzlich in den Dienst der geistigen Landesverteidigung. Der plebiszitartigen Anerkennung des Rätoromanischen als Nationalsprache von 1938 folgte fünf Jahre später auf kantonaler Ebene als konkretisierte Umsetzung des Abstimmungsergebnisses die Änderung der Ortsnamen. In der Abstimmung wie bei der Namensänderung kam zum Ausdruck, was *Heidi Derungs-Brücker* aus der rätoromanischen Perspektive das «*geweckte Gefühl der dignité*» und aus der Sicht der Eidgenossenschaft einen «*innenpolitischen Akt der Treue und Solidarität*» genannt hat⁸. In diesen Jahren sah die L. R. die Krönung ihrer Anstrengungen. Bereits ab 1936/37 hatten viele Gemeinden in rätoromanischen Gebieten ihre Bereitschaft zum Namenswechsel bzw. zur Gleichstellung der deutschen und rätoromanischen Ortsbezeichnung signalisiert. 1943 schliesslich wurden die Änderungen von 49 Dorf- und 38 Fraktionsnamen vom Bundesrat für offiziell verbindlich erklärt⁹. Insgesamt änderte sich die Schreibweise von 97 geografischen Begriffen¹⁰. Seine grundsätzlich positive Haltung in dieser Frage hatte der Bundesrat schon 1937 in der bereits erwähnten Botschaft zum Ausdruck gebracht und dabei für ein schrittweises Vorgehen plädiert:

«*In der oben erwähnten Zuschrift vom 3. Januar 1936 betont der Kleine Rat neuerdings, dass er auf die Berücksichtigung der romanischen bzw. auch der romanischen Namengebung in romanischen oder sprachlich gemischten Gebieten seines Kantons in Grundbüchern, Karten-*

werken, Fahrplänen und Kursbüchern der eidgenössischen Post sowie auf Affichen und Tafeln aller Art grosse Bedeutung lege, ebenso hinsichtlich der Inschriften der eidgenössischen Post, des Zolles und der Militärverwaltung in den genannten Gebieten. Wir zögern nicht, die Erklärung abzugeben, dass wir mit dieser Forderung grundsätzlich einig gehen und ihre Berechtigung grundsätzlich anerkennen.»¹¹

Hartnäckiger und ernsthafter Widerstand erwuchs dem Änderungsplan dagegen aus der eidgenössischen Bürokratie. Namentlich die Post- und Telegrafverwaltung konnte sich nur schwer mit den an diesen Beschluss geknüpften Umtrieben anfreunden. Ein Bündner Regierungsrat geisselte diese Art der Hinhaltung als *bürokratischen Zopf* (*tratschoula bürocratica*)¹². An den durch die Umbenennungen entstandenen Kosten für die PTT von rund 6000 Franken beteiligte sich die L. R. nach Kräften¹³.

Die Argumentationsmuster, deren sich die Lia Rumantscha zur Erreichung ihres Ziels allerdings bediente, rückte ihr Aktionsprogramm in bedrohliche Nähe der Ideologie. Aus einer LR-Eingabe an den Bundesrat aus dem Jahre 1931:

«Bei der Urgewalt, mit welcher besonders auch seit der Zulassung des Autoverkehrs (d. h. erst seit 1925, as) bis in alle Bergdörfer hinauf der fremde Einfluss auf neuen Flügeln zersetzend unser Volkstum angreift, bedeutet jedes mit Vorbereitungen verlorene Jahr für uns einen schwer einbringlichen Verlust¹⁴.

Durch die Macht der Organisation und begünstigt durch die Zeitumstände verbuchte die Sprachgruppenelite in der Ortsnamenfrage einen Pyrrhussieg. Der latenten, chronischen und realen Gefahr der Germanisierung konnte damit je-

denfalls nicht wirkungsvoll begegnet werden. In diesem Klima der intensiven aufklärenden Agitation verkam die Zustimmung zu einem Namenswechsel für die Betroffenen zu einem guten Teil zur billigen Entledigung einer mehr oder weniger lästigen Pflicht. Plakativ konnte auf diese Weise das «richtige» Bewusstsein demonstriert werden. Die Änderung der Ortsnamen war weniger ein erbrachter Beweis der Lebensfähigkeit als vielmehr jener einer erfolgreich betriebenen Statuspolitik¹⁵. Von einer tatsächlich erreichten «Rehabilitierung» konnte nicht ernsthaft die Rede sein.

Standhaft verweigerten sich diesem flächendeckenden Überzeugungsprogramm in der Zwischenkriegszeit nur einige wenige touristische Hochburgen wie St. Moritz oder Flims. Ihnen ist ihr mit der deutschsprachigen Benennung verbundenes Renommee als Weltkurorte bis heute wichtiger geblieben. Einzelne Gemeinden wählten eine sanftere, stufenweise Rückkehr zum romanischen Namen. So legte etwa Scuol seine 1943 gewählte doppelsprachige Bezeichnung Scuol/Schuls 1970 ab.

Vervielfachte Bedrohungen

Wurde in der Zwischenkriegszeit noch der Autoverkehr als akute Bedrohung angeprangert, so haben sich diese «fremden Einflüsse» in den Nachkriegsjahren natürlich vervielfacht. Auf zahlreichen Balkonen auch in den Bündner Tälern machen Parabolantennen zunehmend den Sonnenschirmen ihren Platz streitig. Der Weltempfänger hat Vorrang. Neue Stufen der Entfremdung und Unifizierung haben aber auch zu neuen Formen und Möglichkeiten der Identifikation geführt. Der Kurort als Markenartikel. Rhäzüns oder St. Moritz am

Bildschirm in den Bündner Stuben können als sprachübergreifendes Integrationsinstrument ein neues Zugehörigkeitsgefühl vermitteln. Der irreversiblen Tendenz zur globalen Unifizierung im Medienbereich steht eine andere zur plurikulturellen Gesellschaft gegenüber, die beide sowohl als Bedrohung wie als Chance verstanden und instrumentalisiert werden können. Tourismus, eine beschleunigte Mobilität, moderne Wirtschaftssektoren, Spekulation, Elektrizitätswirtschaft und nicht zuletzt die vor der Türe stehende europäische Integration fördern die sprachliche Vereinheitlichung, die im Falle der Rätoromanen de facto zu einer «einseitigen Zweisprachigkeit» geführt hat. Die in der Zwischenkriegszeit bis zu einem gewissen Grad sicher legitime Gegenstrategie der L. R., in deren Zentrum die Konservierung und (Über-)Betonung regionaler Eigenheiten stand, wurde fortgesetzt und führte inzwischen zur Kultivierung und Überhöhung des Mythos der Andersartigkeit sowie zur häufig undifferenzierten Verwendung der Leerformel «sprachlich-kulturelle Minderheit» in Stammtisch- und Fachdiskussionen. Deutlich gegen eine solche Überstrapazierung eines diffusen und einseitigen Umwelt- oder Sprachdeterminismus wendet sich Jon Mathieu in seiner eben erschienenen Habilitation¹⁶.

«Die Polarisierung von <Kultur> und <Natur> ist eine unergiebigere Strategie.»¹⁷

Die immer offener zutage tretende Diskrepanz zwischen der modernen Kulturindustrie, dem internationalen Markt einerseits und den tradierten Kulturgütern einer Region andererseits führte namentlich in jüngster Zeit zur hausgemachten «Kaschierung realer Macht- und Abhängigkeitsverhältnisse»¹⁸ Der Folklorismus droht tradierte

Formen und deren Eigenständigkeit immer deutlicher zu diskreditieren, ja zu sabotieren¹⁹. Ein Beispiel soll diesen Sachverhalt abschliessend veranschaulichen. Der Zweitwohnungsanteil übersteigt gegenwärtig in Andeer 20 Prozent, in Bergün/Bravuogn 65 Prozent und in Laax 80 Prozent. An den Fassaden dieser Zweitwohnungen ist das einzig wirklich «Romanische» der gut sichtbare Schriftzug «Chesa...» neben den verschlossenen Fensterläden. Das von Richard Weiss vor 35 Jahren als das «Gesamtbündnerische» beschworene «harmonische Gleichgewicht der Teile» ist offensichtlich gleich mehrfach in Frage gestellt.

«Es wäre reizvoll, beim anschaulichen Beispiel des Hauses bleibend, die aktiven Ausstrahlungen der engadinischen Hausform, die nicht ohne den engadinischen Geist möglich sind, nach Norden, etwa in die walserisch deutschsprachigen Kolonien Avers und Davos zu verfolgen, wo man ausgesprochen engadinisch geprägte Häuser mit Mauermantel und Sgraffiti findet. Dazu sei kurz gesagt: Es gibt kein <Walserhaus> und kein <Rätoromanenhaus>. Die kulturelle Symbiose, die gegenseitige Angleichung von altromanischen Bündnern und Neusiedlern, hat trotz des auffallenden Festhaltens an der Sprache gewirkt: Die Siedlungsweise und der Hausbau der eingewanderten Walser wurden durch die veränderte Umwelt und durch das Zusammenleben mit den Rätoromanen gewandelt und geprägt. Ohne ihre hergebrachte Besonderheit ganz aufzugeben, haben sich die Walser dem bündnerischen Raum, seinen natürlichen Gegebenheiten und seinen kulturellen Dominanten angepasst. Das Gesamtbündnerische jedoch drängt nicht zur Unifizierung, weder im kulturellen, noch im sprachlichen, noch im konfessionellen, noch im

politischen Bereich, sondern es besteht im harmonischen Gleichgewicht der Teile.»²⁰

Andreas Saurer

¹ Franz Böni, *Alle Züge fahren nach Salem*. Frankfurt a. M. 1984, S. 72. – ² Lucie Varga, *Zeitenwende. Mentalitätshistorische Studien 1936, 1939*, Frankfurt a. M. 1991, S. 156. – ³ Vgl. zur Wirkung der Kulturorganisationen Jon Mathieu, *Die Organisation der Vielfalt: Sprachwandel und Kulturbewegungen in Graubünden seit dem Ancien Régime*. In: *Bündner Monatsblatt* 3 (1988), S. 153–170. – ⁴ R. Tönjachen, *Änderung der Namen politischer Gemeinden des Kantons Graubünden. Rätia*, Bündner Zeitschrift für Kultur, Nr. 2/43. – ⁵ Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Anerkennung des Rätoromanischen als Nationalsprache vom 1. Juni 1937, S. 28. – ⁶ Mathieu, *Vielfalt*, S. 165. – ⁷ Vgl. z. B. *Gasetta Romontscha* (50), 12.12.1929. – ⁸ Heidi Derungs-Brücker, *Rätoromanische Renaissance 1919–1938*, unpubli-

zierte Litentiatsarbeit, Fribourg 1974, S. 179 f. – ⁹ Derungs-Brücker, S. 103. – ¹⁰ Liste der Namen bei Tönjachen, S. 80. – ¹¹ Botschaft, S. 28. – ¹² Robert Ganzoni, *Davart il problem dals noms ufficiels in nossas vschinnachas rumauntschas*. In: *Annalas de la Società retorumantscha LVIII* (1944), S. 35. – ¹³ Ganzoni S. 41. und Derungs-Brücker, S. 103. – ¹⁴ Eingabe an den Hohen Bundesrat der schweizerischen Eidgenossenschaft um Erhöhung der Bundessubventionen zu Gunsten der L. R., Juni 1931. – ¹⁵ Zu den Begriffen Statuspolitik und Prestigestrategie vgl. Iso Camartin, *Nichts als Worte? Ein Plädoyer für Kleinsprachen*, Zürich 1987, S. 92 ff. – ¹⁶ Jon Mathieu, *Eine Agrargeschichte der inneren Alpen*, Zürich 1992, S. 109 f. – ¹⁷ Mathieu, *Agrargeschichte*, S. 110. – ¹⁸ Vgl. Begriff und Beispiele bei: Peter Egloff, *Neu-Splügen wurde nicht gebaut*, Zürich 1987, S. 43 ff. – ¹⁹ Vgl. Mathieu, *Vielfalt*, S. 166. – ²⁰ Richard Weiss, *Graubündens Eigenart volkskundlich gesehen*. In: *Bündner Monatsblatt*, 5 (1959), S. 143 f.

Der Genius bei den Bürgern

Zur Ausstellung «Rilke und die Schweiz»

Die photographischen Dokumente von Rainer Maria Rilkes *Erdenwandel* – vor Jahren schon ist eine Biographie in Bildern erschienen – zeigen einen Menschen, der selbst in der Gruppe, im freundlich arrangierten Ensemble mit Freundinnen und Freunden, wie abgehoben, herausgehoben, jedenfalls merkwürdig erhöht erscheint. Die Kleidung ist nie salopp, der Kragen blütenweiss, die Gamaschen akkurat geknöpft, der Spazierstock als elegantes Requisit eine Selbstverständlichkeit. Aber dieser sorgfältig gekleidete, dem Comment

offensichtlich auf die natürlichste und zugleich betonte Weise verpflichtete Mensch ist stets eine singuläre Erscheinung. Als ich seinerzeit in der erwähnten Bildbiographie blätterte und den Weg des Dichters über seine Stationen bis nach Russland hinein und bis ins Schlösschen Muzot, sein letztes Refugium, verfolgte, hat sich mir, rein vom Optischen her, der Eindruck eingeprägt, dass da ein Genius auf Erden wandelte. Man stosse sich nicht an der etwas antiquierten Bezeichnung Genius, sie soll nicht allein die höhere Sphäre, die Sin-

gularität seiner Erscheinung ausdrücken, sondern ein Fremdsein in der alltäglichen Wirklichkeit. Ich kann bei *J. R. von Salis* oder bei *C. J. Burckhardt* nachlesen, wie er auf die Menschen gewirkt hat, die ihn noch persönlich gekannt haben. Unvergesslich zum Beispiel die Episode, die Burckhardt in seinem Essay «*Spaziergang mit François Franzoni*» erzählt. Die beiden Freunde waren anlässlich eines Besuchs Burckhardts bei Franzoni im Wallis unter anderem mit der philosophischen Frage beschäftigt, ob wahres Mitleid nicht immer ein Akt der Identifikation sei, und als sie anderntags zu einem Spaziergang zu Rilke aufbrachen, begegnete ihnen ein Bauer, der sein Kalb zum Metzger bringen wollte. In einer spontanen Regung kaufen sie ihm das Tier ab und binden es, vom etwas verwunderten Rilke begrüßt, an den Zaun vor dem Schlösschen Muzot. Als bald aber werden die literarischen Gespräche im Arbeitszimmer des Dichters nachhaltig gestört durch das ungeduldige Muhen des Kalbes, was Rilke zu der Frage bewogen haben soll, ob man dem Tier nicht irgendein Milchgericht zubereiten lassen solle. Man wird vielleicht finden, Franzonis und Burckhardts Versuch, das Kalb vor dem Metzger zu retten, sei an sich schon etwas weltfremd. Rilkes Vorschlag mit dem «Milchgericht» trägt der ungewöhnlichen Situation in sympathischer Weise Rechnung und zeigt zugleich, dass der Dichter in anderen Räumen als der alltäglichen Wirklichkeit wandelte. Was *J. R. von Salis* in den «*Grenzüberschreitungen*» von seiner ersten Begegnung mit Rilke erzählt, etwa wie der berühmte Dichter es verstanden habe, die Schüchternheit seines jugendlichen Besuchers zu überwinden, wie er bescheiden und herzlich mit der Dorfbevölkerung gestanden habe, sel-

ber der Repräsentation eher abgeneigt und durchaus bereit, mit dem Postboten, der Rilkes Post, statt sie bei ihm abzugeben, im Dusel in den Dorfbriefkasten geworfen habe, bei der nächsten Begegnung freundlich gesprochen, ein «Versöhnungsfest» gefeiert habe, – das alles zeichnet eher das Bild eines dem Leben und seinen Freuden zugewandten Menschen. Doch dann wird es feierlich. Rilke zündet nach dem Nachtessen zwei Kerzenleuchter an und stellt sie auf das Stehpult im kleinen Arbeitszimmer, stellt sich dahinter in Positur und liest zuerst Valéry's Gedichte französisch und danach seine Übertragungen ins Deutsche.

Ich bin auf die Photos angewiesen, auch auf Porträts wie das von Leonid Pasternak oder das von seinem Schwager Helmut Westhoff gemalte, die in der Ausstellung «*Rilke und die Schweiz*» im Strauhof in Zürich gezeigt werden. Auch aus ihnen gewinnt man den Eindruck, dass für den Erdenwandel dieses Menschen nur gepflegte, vornehme Schauplätze in Frage kamen, Parklandschaften, Schlösser, zum Beispiel Duino, Landgüter, Räume mit wertvollem Mobiliar, Inneneinrichtungen von ausgesuchter Würde und alter Tradition. Die hat er gefunden, da hat er an seinem Werk gearbeitet; es fanden sich Fürsten, Prinzessinnen und kultivierte Gutsbesitzer, die ihm Gastrecht gewährten.

Dann kam der Weltkrieg, der Zusammenbruch der Donaumonarchie, der Untergang der Kulturlandschaft Europa, in der es noch nicht exotisch wirkte, dass da ein Genius wandelte. Rainer Maria Rilke wurde, nach Mustering in München, zum Landsturm einberufen, zuerst in das nordböhmische Turnau und dann, nach Interventionen, als «uneingereichter Landsturmmann» nach Wien zu einem Schützenregiment.



Muzot. Hier entstanden die «Duineser Elegien» und die «Sonette an Orpheus».

Damals war er vierzig Jahre alt; nachdem er bei einer Exerzierübung in Ohnmacht gefallen war, ausserdem auch nachdem sich namhafte und hochgestellte Persönlichkeiten zu seinen Gunsten verwendet hatten, wurde er im Januar 1916 zum Dienst im k.u.k. Kriegsarchiv abkommandiert. Auch aus dieser Zeit enthält die Bildbiographie eine Aufnahme, Rilke im Waffenrock mit Schirmmütze. Er hat da offenbar seine Pflicht getan; aber dass er wie verkleidet wirkt, wie eine uniformierte Vogelscheuche oder wie ein intellektueller Schwejk, springt ins Auge. Da fand er sich nun, noch dazu als der Dichter des «*Cornet*» gewissermassen als prädestinierter Heldenverehrer angesehen, im Verein mit anderen Literaten wie *Stefan Zweig* und *Alfred Polgar* vor der Aufgabe, von der Front einlaufende Nachrichten für die Publikation aufzu-

bereiten, so dass sie die Moral der Leser stärkten. Aber zum «Heldenfrisieren» sah er sich ebenso ausserstande wie zum Dienst mit der Waffe. Schliesslich betraute man ihn mit dem Ausfüllen von Karteikarten und anderen Büroarbeiten.

Als er 1919 in die Schweiz einreiste, stand er unter dem Schock dieser Erlebnisse. Im Zug von Romanshorn nach Zürich kam er mit der Kabarettistin *Albertina Casani-Böhmer* ins Gespräch und klagte ihr, die guten Leute vom Lesezirkel Hottingen, wo er für einen Abend erwartet wurde, gedächten ihn in einem bescheidenen Hotel in Bahnhofsnähe unterzubringen, worauf die Dame ihm vom Perron aus im Hotel «Eden au Lac» telephonisch ein Balkonzimmer bestellte. In der Ausstellung im Strauhof sind die vornehmen Absteigen, die er in der Schweiz benutzte, alle im Bild

gegenwärtig, allen voran sein Lieblingshotel, das «Bellevue-Palace» in Bern. Es bleibt nicht dabei. Er beginnt einen Ort zu suchen, an dem er zurückfinden könnte zu seiner Arbeit, ein Umfeld, in dem seine Kreativität wieder erwachen könnte. Die Pension Willy im Palazzo Salis in Soglio, die Bibliothek, in der er die Idee vom «Ur-Geräusch» hat, Brissago und Ascona, wo er sich eine Bleibe erhofft, das Grand-Hotel in Locarno sind weitere Stationen. Und sofort auch findet er Förderer, die ihn einladen, in den Ritterhof in Basel, den Stadtsitz der Familie Burckhardt, den Schönenberg, ihren Landsitz. Entscheidend wird für seinen Schweizer Aufenthalt das Haus Rychenberg in Winterthur, Wohnsitz von Hans und Werner Reinhart. Wohl fühlte er sich als Gast im Schloss Berg am Irchel, wo er mit Nanny Wunderly-Volkart im August 1920 erstmals zu Besuch war und wo er den darauf folgenden Winter verbringen sollte. Der fahrende Sänger, der er vor dem Krieg gewesen war, in Künstler- und Intellektuellenkreisen beheimatet, jedoch oft und gern von Aristokraten beherbergt, lernt in der Schweiz die wohlgeordnete bürgerliche Behaglichkeit in begüterten Häusern kennen, zudem eine hilfsbereite, gütige und frohgemute Hausherrin und Brieffreundin in der «Alten Mühle» in Meilen, dem Haus der Familie Wunderly-Volkart.

Die Ausstellung im Strauhof dokumentiert alle Stationen seiner Schweizer Jahre nicht allein im Bild, sondern durch wertvolle und zum Teil seltene oder kaum bekannte Exponate von Büchern, Sonderdrucken und Briefen; von den Handschriften sei hier lediglich diejenige einer «Duineser Elegie» erwähnt. Rilke, der von 1919 bis zu seinem Tod im Winter 1926 in der Schweiz gelebt hat, vollendete in dieser Zeit die «Duineser

Elegien» und die «*Sonette an Orpheus*». Von Paul Valéry übertrug er Gedichte, und dies alles wurde möglich, weil er in der Fürsorge der Familien Burckhardt, Wunderly-Volkart und des Mäzens Werner Reinhart seine dichterische Produktivität wiederfand. Das Schlösschen Muzot, das ihm sein Winterthurer Gönner und Freund zur Verfügung stellte, ist nicht nur in zahlreichen Aussen- und Innenaufnahmen gegenwärtig. Inmitten eines der Ausstellungsräume steht Rilkes Stehpult. Auf seiner Schreibfläche Farbphotos seiner Arbeitsutensilien, Federhalter, Tintenfass, Taschenmesser und kleine Ledermappe. Der Kerzenleuchter fehlt nicht. Hier wohl schrieb er die Briefe, die den Freunden die glückliche Vollendung der *Elegien* melden, die er die «*Rettung meines Lebens und meiner Arbeit*» nannte. 1919 noch hatte er die Schweiz mit «*einem Wartesaal III. Classe*» verglichen, aber schon nach dem Aufenthalt auf Schloss Berg am Irchel fand er den Ort in der wunderlichen Landkarte seines Lebens als einen Hauptort eingezeichnet, und Muzot vollends wuchs ihm als letzte Arbeitsstätte zu und wurde ihm zur Heimat, der ihn nur die Krankheit und der Tod entriss. An Werner Reinhart schrieb er die Widmung ins Gästebuch von Muzot:

«In diesem Haus der Blonay, de la Tour, de Montheys – , war, da nach langer Pause, sein Leben neu begann, noch vor dem Herrn der Gast zu Haus. Dies deutet, der's erfuhr: der Gast sei stets das Blühn in diesem Hause, der späte Herr, in seiner Frucht, der Kern.»

Ende September 1992 führte die Rilke-Gesellschaft in Zürich ihre Jahrestagung durch. Aus diesem Anlass hat

die Präsidialabteilung der Stadt Zürich im Museum Strauhof die Ausstellung «*Rainer Maria Rilke und die Schweiz*» eingerichtet, die bis zum 10. Januar 1993 geöffnet ist. Ausserdem ist, in der Reihe «Strauhof Zürich», ein illustrierter Begleitband erschienen mit Beiträgen

verschiedener Rilke-Kenner und einer Chronologie von Rilkes Aufenthalt in der Schweiz, die *Jacob Steiner* verfasst hat, zugleich der Herausgeber des Begleitbandes und wissenschaftliche Leiter der Ausstellung.

Anton Krättli

